

Kalter Krieg und heißer Frieden

Ein Tagungsbericht vom internationalen Kolloquium in Amsterdam

Udo Baron

Am 12. Dezember 1979 fällt die NATO eine Entscheidung von weitreichender politischer Bedeutung: Sie verabschiedete als Antwort auf die sowjetische Aufrüstung im atomaren Mittelstreckenbereich ihren Doppelbeschluß. Dieser sah die Stationierung neuer amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen vom Typ Cruise Missiles und Pershing II nach Ablauf von vier Jahren in verschiedenen westeuropäischen Staaten für den Fall vor, daß die Sowjetunion ihr Arsenal an nuklearen SS-20-Mittelstreckenraketen nicht drastisch verringern würde. Infolge dieser Ankündigung des westlichen Verteidigungsbündnisses erlebte die Friedensbewegung in den westeuropäischen Staaten in kürzester Zeit eine auch von ihren Aktivisten wohl nicht mehr erwartete Renaissance. Hunderttausende von Menschen bis weit ins bürgerliche Lager hinein schlossen sich ihr an. Eine bis dahin ungeahnte Protestwelle überzog in den darauf folgenden Jahren ganz Westeuropa mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen, angefangen von Unterschriftensammlungen über Massendemonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluß bis hin zur Blockade von militärischen Einrichtungen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gelang es den westeuropäischen orthodoxen kommunistischen Parteien und ihren Bündnisorganisationen nicht nur, sich als gleichberechtigte Partner in den zahlreichen Friedensinitiativen und deren Gremien zu etablieren und sich aufgrund ihrer organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten dort unentbehrlich zu machen. Sie konnten der westlichen, insbesondere der bundesrepublikanischen Friedensbewegung auch ihren Minimalkonsens, der sich mit seinen abrüstungspolitischen Forderungen ausschließlich an den Westen richtete und die östlichen Massenvernichtungswaffen stillschweigend in Kauf nahm, oktroyieren.

Vor mehr als 20 Jahre, am 10. Oktober 1981, führte die westdeutsche Friedensbewegung ihre erste zentrale Massendemonstration mit mehr als 350.000 Teilnehmern im Bonner Hofgarten gegen den NATO-Doppelbeschluß durch. Historische Jubiläen fordern zu wissenschaftlichen Tagungen und Konferenzen heraus, auch wenn sie etwas zeitversetzt stattfinden. Den Abstand von zwei Dekaden nahm das Duitsland Instituut in Amsterdam in Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin zum Anlaß, vom 8. bis zum 10. März 2002 ein internationales Kolloquium unter der Überschrift „Kalter Krieg und heißer Frieden – Die westeuropäische Friedensbewegung im Spannungsverhältnis zwischen Staatsmacht und Opposition in Osteuropa“ in ihren Räumlichkeiten in der Amsterdamer Herengracht 487 durchzuführen. Wie der Titel schon andeutete, stand der Konflikt zwischen der Friedens- und der Menschenrechtsfrage und eine mögliche Fremdbestimmung von Teilen der Friedensbewegung durch die sozialistischen Staaten und ihre westeuropäischen Interventionsapparate im Mittelpunkt dieser Veranstaltung. Entlang dieser Linie waren auch ihre Referenten und Zeitzeugen sorgsam ausgewählt worden. Die Niederländer waren durch Dr. Mient Jan Faber und Jan ter Laak, den früheren Sekretären der bedeutendsten niederländischen Friedensinitiative, dem Interkirchlichen Friedensrat (IKV), vertreten. Für Großbritannien waren die ehemalige Leiterin der größten britischen Friedensgruppierung, der „Europaen Nuclear Disarmament“-Bewegung (END-Bewegung), Mary Kaldor, und Professor John Sandford, früherer Mitstreiter des englischen Sozialhistorikers und wichtigsten Theoretikers von END, Edward

P. Thompson, anwesend. Mit dem früheren Vorstandssprecher der Grünen, Lukas Beckmann, nahm nicht nur der Vertreter der Grünen im zentralen Lenkungsgremium der westdeutschen Friedensbewegung, dem Koordinierungsausschuß, teil, sondern auch einer der führenden Protagonisten eines blockübergreifenden Ansatzes innerhalb der westeuropäischen Friedensbewegung. Diesen zur Seite saßen mit dem früheren DDR-Bürgerrechtler und heutigen CDU-Bundestagsabgeordneten Rainer Eppelmann und dem ehemaligen Pressesprecher der unabhängigen polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc, dem polnischen Verteidigungsminister a.D. Janusz Onyszkiewicz, zwei ihrer früheren Kontaktpersonen aus den unabhängigen Friedenszirkeln des früheren Ostblocks.

Eine öffentliche Podiumsdiskussion mit diesen Zeitzeugen, die sich mit dem Spannungsverhältnis der westeuropäischen Friedensbewegung zwischen Staatsmacht und Opposition in Osteuropa beschäftigte, leitete am Freitag Abend den Gedankenaustausch über die Rolle und Funktion der Friedensbewegung im zweiten Kalten Krieg ein. Neben vielen Übereinstimmungen, beispielsweise über die Richtigkeit, damals die Menschenrechtssituation auch in den ost- und mitteleuropäischen Ländern zu thematisieren und einen blockübergreifenden Friedensansatz auch gegen den Widerstand der Mehrheit in den westlichen Friedensbewegungen zu vertreten, kam es aber auch zu kontroversen Diskussionen. Vor allem bei der unterschiedlichen Beurteilung der Rolle der USA und der NATO im Kalten Krieg prallten die Gegensätze zwischen den west- und osteuropäischen Diskutanten aufeinander. So warf insbesondere Onyszkiewicz Faber und Kaldor vor, zum damaligen Zeitpunkt von einem vollkommen verzerrten Amerikabild ausgegangen zu sein und die Schlüsselbedeutung der USA und der NATO für die Auseinandersetzung mit den kommunistischen Diktaturen verkannt zu haben.

Der Vormittag des zweiten Tages stand dann ganz im Zeichen der Auseinandersetzung über die Friedens- und die Menschenrechtsfrage, dem zentralen Konflikt innerhalb der westdeutschen und westeuropäischen Friedensbewegung. Mit Lukas Beckmann, Janusz Onyszkiewicz, Jan ter Laak und Professor Wilfried von Bredow (Universität Marburg), 1974 einer der Mitinitiatoren des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ), einer Tarnorganisation der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) im kommunistisch gelenkten „Kampf um den Frieden“, widmeten sich Zeitzeugen und Wissenschaftler gemeinsam dieser komplizierten Thematik. Zwischen den Diskutanten bestand Einigkeit darüber, daß es der SED mit Hilfe ihrer westdeutschen und westeuropäischen Verbündeten gelungen war, die Menschenrechts- zugunsten der Friedensfrage weitgehend aus den Diskussionen innerhalb der Friedensbewegung auszuklammern und ihr ein antiwestliches Feindbild einzuprägen. Vor allem Beckmann wies auf die Nachwirkungen dieser Debatten bis zum heutigen Tage hin. Er betonte die Kontinuitäten im Denken weiter Teile der deutschen Friedensbewegung und die dort teilweise immer noch reflexartig abrufbaren Feindbilder und unterstrich diese These durch ein Flugblatt zum Krieg gegen den internationalen Terrorismus aus dem Jahre 2002, daß aufgrund seines antiwestlichen Inhaltes nahezu wortwörtlich mit den Aufrufen aus der Zeit um die Auseinandersetzung mit dem NATO-Doppelbeschluß übereinstimmte.

Am Nachmittag und dem darauf folgenden Vormittag ging es schließlich um die auch heute noch vor allem für viele Protagonisten der Friedensbewegung außerordentlich wichtige Frage: Handelte die Friedensbewegung eigenständig oder war sie fremdgesteuert? Die Zeitzeugen überließen dabei den Wissenschaftlern das Podium. Während Dr. Michael Ploetz vom Institut für Zeitgeschichte die Rolle und Funktion der westdeutschen Friedensbewegung in der Strategie von KPdSU und SED nachzeichnete und dabei die Bedeutung des kommunistischen „Friedenskampfes“ als Teil des Klassenkampfes unterstrich, hoben Udo Baron (Forschungsverbund SED-Staat) für die alte Bundesrepublik, Beatrice

Jansen-deGraaf (Universität Utrecht) für die Niederlande, Professor John Sandford (University of Reading) für Großbritannien und Professor Peter Maser (Universität Münster) für die evangelische Kirche die Aus- und Nachwirkungen der Einflußversuche durch die Marxisten-Leninisten auf die westlichen Friedensbewegungen und die Außen- und Sicherheitspolitik der westlichen Welt hervor. Vor allem den bis heute spürbaren Antiamerikanismus und Anti-Antikommunismus innerhalb der westlichen Friedensbewegung machten die Referenten als die zentralen Folgewirkungen aus. KPdSU und SED hatte diese Phänomene zwar nicht „erfunden“. Sie bauten aber ihre Strategie im „Kampf um den Frieden“ gezielt um diese Aspekte herum auf und forcierten sie ebenso wie den generellen Faschismusverdacht gegenüber der Bundesrepublik, die Dämonisierung eines demokratischen Antikommunismus und die Vernachlässigung der Menschenrechtsfrage zugunsten der Friedensfrage. Dadurch erreichten sie nicht nur, daß orthodoxe Kommunisten als gleichberechtigte Partner in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß akzeptiert wurden, sondern das die Friedensbewegung in Fragen des Demokratieverständnisses und der Universalität der Menschenrechte zweideutig und unentschlossen blieb. Baron wies in diesem Zusammenhang vor allem auf die Abrufbarkeit dieser Freund- und Feindbilder in der Bundesrepublik bis zum heutigen Tage hin, die gegenwärtig insbesondere in der Bereitschaft zur Kooperation demokratischer Parteien mit der SED-Nachfolgepartei, der „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS), und den Auseinandersetzungen um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus deutlich geworden sind.

Eine Podiumsdiskussion mit Professor Manfred Wilke (Forschungsverbund SED-Staat), Ilko-Sascha Kowalczyk (BStU), Dr. Mient-Jan Faber und Dr. Patrick Burke (University of Westminster, London) unter Leitung des früheren Direktors des Duitsland Instituut, Professor Maarten Brands beendete am Sonntag die Tagung. In einem Fazit waren sich die Teilnehmer einig, daß die Länder des realen Sozialismus, allen voran die Sowjetunion und die DDR, zwar nichts unversucht gelassen haben, um die Friedensbewegung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, ihnen aber letztlich deren Fremdsteuerung nicht gelungen ist. Obwohl die Strategie der Sowjetunion und ihrer Verbündeten darauf zielte, die westeuropäische Friedensbewegung in einen monolithischen Block gegen den Westen zu verwandeln, die USA aus Europa zu verdrängen und insbesondere die Bundesrepublik im westlichen Bündnis zu isolieren, obwohl sich die orthodoxen Kommunisten darum bemühten, eine blockübergreifende Friedensbewegung zu verhindern und eine Debatte der Menschenrechtssituation in den Ländern des real existierenden Sozialismus zu unterbinden, konnten die Marxisten-Leninisten aber keines ihrer avisierten Ziele erreichen. Sie scheiterten letztlich an der Heterogenität der westlichen Friedensbewegung und der von ihnen nicht zu unterbindenden Thematisierung der Menschenrechte sowie an den blockübergreifenden Kontakten zwischen Teilen der westeuropäischen und der nichtstaatlichen Friedens- und Bürgerrechtsbewegungen in den ost- und mitteleuropäischen Staaten. Leider konnte das frühere Mitglied des DDR-Politbüros, der für die Westbeziehungen der SED zuständige Professor Herbert Häber, krankheitsbedingt nicht an dieser Abschlußdiskussion teilnehmen, so daß die Tagung auf eine Darstellung des „Friedenskampfes“ aus Sicht der SED verzichten mußte.

Den Veranstaltern gelang es mit dieser internationalen Konferenz, führende Protagonisten der westeuropäischen Friedensbewegung mit Vertretern der unabhängigen Friedensinitiativen aus den ost- und mitteleuropäischen Staaten zu einem von der Forschung bislang eher vernachlässigten Thema zusammenzuführen. Dadurch war es möglich geworden, die Rolle und Funktion der westlichen Friedensbewegung in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß nicht nur aus der westlichen, sondern auch aus der östlichen Perspektive mit dem notwendigen zeitlichen Abstand ausführlich zu diskutieren. Nach dem

von der Akademie für Politische Bildung in Tutzing in Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund SED-Staat im Juli 1999 durchgeführten Workshop „Friedensbewegung und Kalter Krieg“ war diese Tagung der erste ernsthafte Versuche, sich wissenschaftlich im Rahmen einer internationalen Konferenz mit der Rolle der westeuropäischen Friedensbewegung im Kalten Krieg und den Möglichkeiten ihrer Fremdbestimmung durch die orthodoxen Kommunisten auseinander zu setzen. Zwar fehlte der transatlantische Brückenschlag und somit die Einbeziehung der nordamerikanischen Friedensbewegung und ihrer Repräsentanten in diese Konferenz. Ebenso waren die ost- und mitteleuropäischen Vertreter unterrepräsentiert. So suchte man vergebens beispielsweise nach Vertretern aus Tschechien, Ungarn oder Rußland. Versäumnisse, die aber den unvermeidlichen Mut zur Lücke erkennen lassen und hinsichtlich der Breite und relativen Unerforschtheit dieser Thematik sicherlich nicht zu verhindern waren. Da diese Konferenz aber in den beiden kommenden Jahren, zunächst in London und dann in Berlin, fortgesetzt werden soll, bleibt die berechnete Hoffnung, daß dort die entstandenen Desiderate dieser Veranstaltung gebührend berücksichtigt werden. Gespannt sein darf man zudem auf den geplanten Tagungsband zu dieser Veranstaltung. Er verspricht eine Fülle an Material und Hintergrundinformationen aus west- und osteuropäischer Sicht, von Zeitzeugen und Wissenschaftlern, die sicherlich zu weiteren wissenschaftlichen Aufbereitung dieses Themas beitragen werden.